

Jäger laufen Sturm gegen Rimmels Gesetzesvorhaben

Umweltminister will Tierschutzgedanken stärken und plant drastische Rechtsverschärfung

Von Wilfried Goebels

DÜSSELDORF.

Jäger müssen sich auf eine drastische Verschärfung des Jagdrechts in NRW einstellen. Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) will die Liste der jagdbaren Tierarten künftig deutlich einschränken. Die 90 000 Jäger in NRW laufen Sturm gegen die grünen Pläne.

Seit 1976 wurde das Jagdgesetz nicht verändert. Längst sieht der Minister erheblichen Handlungsbedarf, den Natur- und Tierschutzgedanken stärker zu verankern. „Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zur Nachhaltigkeit einleiten und das Jagdrecht an ökologischen Zielen ausrichten.“ Die Folge: Von der Liste der heute 100 jagdbaren Tierarten könnten nicht nur Blesshuhn, Türkentaube und Möwenarten gestrichen werden. Auch die Bejagung des Fischräubers Kormoran soll geprüft werden.

Der Präsident des Landesjagdverbandes, Jochen Borchert, wehrt sich gegen eine Änderung der „seit Jahrzehnten bewährten“ Jagdliste. Auch die Jagdhundausbildung an lebenden Enten und Füchsen hält Borchert für tierschutzgerecht. Das sieht Rimmel deutlich anders. Zwar liegt bisher kein Entwurf für ein neues Jagdgesetz auf dem Tisch. Einzelne Änderungen will Rimmel aber durchsetzen:

■ Verbot der Ausbildung von

Jagdhunden an lebenden Enten sowie Füchsen im Kunstbau.

■ Beschränkung der Fallenjagd.

■ Intensivierung der Jagd auf Schalenwild (Reh, Hirsch).

Rimmel beklagt die zu hohen Schalenwildbestände und die damit einhergehenden Wildschäden. Und der Minister nennt Gründe, warum mehr Wild geschossen werden soll: Es wird zu viel gefüttert. Zudem kommen die Jäger aus Sicht Rimmels ihrer Hegeverpflichtung nur unvollkommen nach.

Künftig darf laut NRW-Koalitionsvertrag in Schutzgebieten allerdings nur noch gejagt werden, wenn „der Schutzzweck dies erfordert“. Es muss ein „vernünftiger Grund“ für die Bejagung vorliegen und die Art darf in ihrem Bestand nicht gefährdet sein. Das stellt

Rimmel nicht nur bei Möwe, Blesshuhn und Türkentaube infrage.

Heftiger Streit mit den knapp 90 000 Jägern in NRW entzündet sich am geplanten Verbot der Jagdhundausbil-



Jagdpolitik gegen Jagd und Jäger.

Jochen Borchert

dung an lebenden, flugunfähig gemachten Enten. Rimmel hält es für nicht mehr hinnehmbar, dass Schmerzen und Leiden von Übungstieren bewusst in Kauf genommen werden. In einzelnen Bundesländern gilt bereits ein Verbot. Auch in NRW sollen die Praktiken verboten werden. Jägerpräsident Borchert warnte den Minister deshalb offen vor

einer „Jagdpolitik gegen Jagd und Jäger“.

Nach den Plänen des Umweltministers soll der Entwurf für ein „ökologisches Jagdgesetz“ 2012 vorgelegt und 2013 im Landtag beraten werden. Damit könnten die schärferen Regelungen 2014 in Kraft treten. Im Ministerium arbeitet ein „Runder Tisch“ mit Jägern, Landwirten, Natur- und Tierschützern, Waldbesitzern und Wissenschaftlern an einer Lösung, um die Konflikte einzudämmen. „Es herrscht ein Klima der Konfrontation“, weiß ein Teilnehmer zu berichten. Der Bund für Umwelt und Naturschutz verlangt als weitestgehende Forderung eine Umkehr der Beweislast. Danach soll die Jagd auf Tiere nur noch in Ausnahmefällen erlaubt sein. Das aber geht nicht nur den Jägern deutlich zu weit.

Im rot-grünen NRW-Koalitionsvertrag hat die Regierung die Leitlinie formuliert: „Praktiken, die mit dem Tierschutz unvereinbar sind, wollen wir künftig untersagen.“ Das dürfte in den nächsten Monaten noch für erheblichen Zündstoff in Nordrhein-Westfalen sorgen.

HINTERGRUND

Im Jagdjahr 2009/10 wurden in NRW 72 271 Rehe, 109 076 Hasen und 34 224 Wildschweine geschossen. Die Jäger erlegten 52 020 Füchse, 3639 Iltisse, 15 491 Wildgänse und 5002 Steinmarder. Außerdem wurden 115 264 Krähen geschossen.



Alles andere als erfreut reagieren die Jäger auf die Pläne von Umweltminister Rimmel. Foto: Sebastian Konopka